



## Gemeinschaftsbüro der Kölner Landtagsabgeordneten der SPD

---

Martin Börschel · Susana dos Santos Herrmann · Gabriele Hammelrath · Andreas Kossiski · Jochen Ott

An  
die Vertreterinnen und Vertreter der  
Kölner Medien

Magnusstraße 18b  
D-50672 Köln

Telefon: (0221) 99 55 99 74  
Fax: (0221) 99 55 99 76  
E-Mail: koelnerspdmdl@landtag.nrw.de

Köln, 15.11.2018

---

Pressemitteilung der Kölner SPD-Landtagsabgeordneten

### **„Wir wollen die Straßenausbaubeiträge abschaffen und die Bürgerinnen und Bürger entlasten“**

Der Landtag hat heute den Gesetzentwurf der SPD-Landtagsfraktion beraten, der eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vorsieht. Dazu erklärt Jochen Ott, Stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender für Infrastruktur:

„Mit diesem Schritt wollen wir Tausende Bürgerinnen und Bürger landesweit entlasten. Auch in Köln stehen viele vor existenziellen Problemen, wenn nach dem Ausbau die Gebührenbescheide kommen. Wir wollen, dass das Land den Anteil der Anwohner komplett übernimmt. Wir sind gespannt, ob CDU und FDP diesen bürgerfreundlichen Weg mitgehen. Die heutige Diskussion gibt da aber wenig Hoffnung. Wir fordern CDU und FDP auf: Machen sie den Weg frei für eine bürgerfreundliche und kommunalfreundliche Lösung.“

Vor diesem Hintergrund hat die SPD-Ratsfraktion in Köln zudem eine entsprechende Anfrage an die Oberbürgermeisterin gestellt. Darin fordert sie Auskunft darüber, wie sich die konkrete Belastung für die Betroffenen in Köln darstellt, sowie eine Stellungnahme der Verwaltung zum Thema.

#### **Hintergrund:**

Die Straßenausbaubeiträge sind in erhebliche Kritik geraten, da die Beitragsbelastungen für die betroffenen Grundstückseigentümer im Einzelfall sehr hoch sind und bis in den vier- oder sogar fünfstelligen Bereich reichen können. Diese hohen Beitragsforderungen bringen viele Beitragspflichtige in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten. Dies setzt wiederum die erhebenden Kommunen zunehmend unter Druck. In den letzten Jahren ist es in diesem Zusammenhang zu einer steigenden Zahl von Rechtsbehelfsverfahren gekommen. Auch die Möglichkeiten von Stundung und Ratenzahlungen können die dargestellte Problematik der starken finan-

ziellen Belastung von Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümern nicht beseitigen. Die derzeitige Rechtslage berücksichtigt nicht die persönliche oder wirtschaftliche Situation der Bürger.